



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Ja eh. Ein Ende der Koalition hätte aufgrund der Fristen für Neuwahlen zum exakt selben Wahltag geführt, den wir ohnedies am 29. September haben. Zudem sind da einige Folgeprobleme gegeben, dass der Bundespräsident womöglich als Übergangslösung wiederum eine Expertenregierung hätte ernennen müssen. Doch ist eine fortgesetzte Koalition wider Willen besser?

2 Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit, die Parteien schließen, um eine Regierung zu bilden und Politik zu machen. Ganz egal, welche Details in einem Koalitionsvertrag stehen, zwei Dinge sind unverzichtbar: Man stimmt sich inhaltlich ab statt einander zu überstimmen. Das tut man weder in einer Nationalrats Sitzung noch bei einem EU-Ministerrat. Schon gar nicht zeigt ein Koalitionspartner den anderen bei der Staatsanwaltschaft an.

3 Werden diese zwei Grundregeln nicht eingehalten, ist jede Koalition am Ende. Oder können Sie sich ein funktionierendes Fußball-Nationalteam vorstellen, wenn Trainer und Spieler gegeneinander Anzeige erstatten? Nein. Zudem müsste die ÖVP nach den Gesetzen der Logik nun einem parlamentarischen Misstrauensantrag gegen Umweltministerin Gewessler zustimmen. Denn da geht es nicht um Rechtsfragen,



Eine Koalition, die keine mehr ist

Die grüne Ministerin Leonore Gewessler war in der EU gegen den ausdrücklichen Willen der ÖVP für ein Umweltgesetz. Seitdem wird juristisch gestritten, ob Gewessler rechtswidrig gehandelt hat. Politisch geradezu absurd jedoch ist, dass die türkis-grüne Koalition weiterbesteht.

sondern es wird rein politisch gefragt: „Vertrauen Sie Leonore Gewessler als Ministerin?“

4 Wenn ein Nationalratsabgeordneter der ÖVP darauf im Brustton der Überzeugung „Ja!“ antwortet, so lügt er vermutlich. Aus Gründen der Parteidisziplin, um die Regierung nicht endgültig platzen zu lassen. Karl Nehammer begründet das mit einer Staatsräson, weil das schön klingende „freie Spiel der Kräfte“ mit wechselnden Parteilanzen in

Wahrheit zu sündteuren Gesetzesbeschlüssen wider die Vernunft führen würde.

5 Nämlich für populistische Gesetze des Typs „Freibier statt Steuern!“, ohne dass man die budgetäre Machbarkeit bedenkt. Das geschichtliche Beispiel dazu waren im Jahr 2008 Parlamentsitzungen bis drei Uhr Früh, wo knapp vor dem Wahltag Pensionserhöhungen und Sozialleistungen den Staat – also letztlich uns Steuerzahler – über 30 Milliarden Euro kosten sollten.

6 Das demokratiepolitische Dilemma dabei sieht so aus: Entweder es stimmt nicht, was Bundeskanzler Nehammer sagt. Dann würde er allen gewählten Volksvertretern etwas unterstellen und sozusagen das Parlament verleumdern. Oder der Kanzler hat verdammt recht. Dann wäre das ein Armutszeugnis sowohl für den Parlamentarismus als auch uns alle als Wähler, weil wir auf unvernünftige bis dummreiste Wahlzuckerln hereinfallen.